

# FreiBrief aus Berlin

März 2024



THORSTEN FREI.

[www.thorsten-frei.de](http://www.thorsten-frei.de)

**Sehr geehrte Damen und Herren,**

Wachstumschancengesetz – Viel wurde in den letzten Tagen darüber diskutiert und gestritten. Aber über was? Über ein Miniprogramm für unsere Wirtschaft, die in einer tiefen Krise steckt, und nicht alle Wirtschaftsbetriebe fördert, sondern unsere Landwirte mit der Erhöhung der Agrardieselbesteuerung weiter belastet (siehe auch unten). Eine Entlastung von 3,2 Milliarden Euro wird an der Lage nichts spürbar verbessern, dagegen die zurückliegenden neuen Belastungen wie Mauterhöhungen, Mehrwertsteuererhöhung für die Gastronomie, die genannte Belastung für die Landwirte und weitere bürokratische Lasten für alle. Schon allein die Wortschöpfung „Wachstumschancengesetz“ lebt allein von Hoffnungen auf einen Umschwung, die angeblich von der Union durch „Blockade“ zerstört würden. Solche Vorwürfe sind haltlos. Alle Länder haben ihr Veto gegen das ursprünglich sieben Milliarden Euro umfassende Paket eingelegt, weil dieses nicht den Bund, sondern die Länder und Kommunen zu zwei Drittel belastete. Hier hat man sich zwischenzeitlich verständigt. Geblieben sind die 3,2 Milliarden, die nach Experten maximal ein Wachstum von 0,025 Prozent bewirken würden. Das ist eindeutig zu wenig für ein Land, in das von Industrieseite angesichts zu teurer Energie und hohen Unternehmenssteuern, bei denen man ansetzen müsste, kaum noch investiert wird und in dem für einen kleinen Effekt die Existenz von Bauernhöfen auf dem Spiel steht. Wir werden uns bis zur nächsten Sitzung des Bundesrats am 22. März weiter für eine Einigung und die Zukunft unserer Landwirte einsetzen. Ob dies durch die Rücknahme der Steuererhöhung beim Agrardiesel passiert oder anderweitig die Landwirtschaft entlastet wird, spielt dabei keine entscheidende Rolle.

Herzlichst

## Steuererhöhungen für Landwirte passen nicht zu Entlastungen für die Wirtschaft



Das entscheidende Thema in den vergangenen Wochen war das sog. Wachstumschancengesetz in Verbindung mit der durch SPD, Grüne und FDP

geplanten Erhöhung des Agrardiesels für Land- und Forstwirte. Egal ob im Bundestag, im Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat oder gegenüber den Medien, immer wieder habe ich betont, dass wir den Weg der Ampel ablehnen, die die deutsche Wirtschaft marginal entlasten will, dies aber teuer damit erkaufen möchte, indem sie einen anderen Teil der Wirtschaft mit 450 Millionen Euro zusätzlich belasten will. Es sind 250.000 kleine und mittelständische Betriebe, die mit einer Steuererhöhung den Großteil des Gesamtpakets bezahlen sollen. Wir sagen Nein zu dieser Geringschätzung gegenüber der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft darf gerade auch wegen ihrer großen Bedeutung für die ländlichen Räume, für die Ernährungssicherheit, für Flächenfreihaltung, Arten- und Umweltschutz sowie den Tourismus nicht weiter geschröpft werden.

Meine Rede dazu im Bundestag sehen Sie unter: <https://youtu.be/X9dur884-4g>

Zum Thema war ich auch im ZDF-Morgenmagazin: <https://www.zdf.de/nachrichten-sendungen/zdf-morgenmagazin/thorsten-frei-im-topthema-102.html>

## Wirtschaftsgipfel der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zeigt dringenden Handlungsbedarf



Deutschlands Wohlstand ist bedroht. In aktuellen Wachstumsprognosen ist Deutschland das Schlusslicht der Industrieländer. Die industrielle Basis unserer Volkswirtschaft schrumpft im zweiten Jahr in Folge, während die Welt um uns herum prosperiert. Die Arbeitslosigkeit steigt. Die Zuversicht der Bürgerinnen und Bürger in ihre wirtschaftliche Zukunft ist auf einem Tiefpunkt. Und damit verbunden ist die Gefahr von enormen Wohlstandsverlusten. Damit können und wollen sich CDU und CSU nicht abfinden. Deutschland kann die Wirtschaftswende schaffen. Deutschland kann es besser. Aus diesem Grund haben wir über 500 Gäste aus dem ganzen Bundesgebiet eingeladen, um mit Handwerkern und Unternehmer diverserer Branchen ins Gespräch zu kommen. Ein offenes Mikro gab nach einer Eröffnung des Gipfels durch Friedrich Merz und Alexander Dobrindt den Teilnehmern die Möglichkeit, den Abgeordneten aus praktischer Sicht zu sagen, wo der Schuh drückt. Zu viel Bürokratie, fehlende Arbeitskräfte, zu hohe Standards, zu teure Energie, zu wenig Anreize und zu hohe Steuern. Diese Kernpunkte, die sich auch mit den politischen Forderungen der Unionsfraktion decken kamen in nahezu allen von mir moderierten Wortmeldungen zum Tragen. Diese werden wir weiter mit Nachdruck im Bundestag von der Ampel-Koalition einfordern. Ganz besonders habe ich mich gefreut, dass unsere Präsidentin der IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg Birgit Hakenjos, die selbst ein Industrieunternehmen als geschäftsführende Gesellschafterin führt, auch vor Ort war, um die Interessen unserer mittelständischen Wirtschaft in Berlin zu vertreten. Der Kongress kann hier noch einmal in voller Länge angeschaut werden: <https://www.youtube.com/watch?v=Ix10aL89wTM>

## Das Zögern und Zaudern des Kanzlers kostet Menschenleben

Ende Februar habe ich anlässlich des zweiten Jahrestags des russischen Überfalls auf die Ukraine im Interview mit Moritz Maier vom Münchner Merkur die Sicherheitspolitik der Bundesregierung sowie die vor zwei Jahren angekündigte Zeitenwende in den Blick genommen. Heute



 Merkur.de



kann man nur konstatieren, dass der Kanzler Wortbruch begangen hat.

**Münchener Merkur:** Herr Frei, der Ukraine-Krieg jährt sich zum zweiten Mal und Kiew meldet kaum noch Erfolg. Die Union sagt, die Bundesregierung helfe zu wenig.

**Thorsten Frei:** Wir müssen begreifen, dass wir nicht Zuschauer dieses Kriegs sind, sondern zumindest indirekt Beteiligte. Weil Russland nicht nur ein kleines Nachbarland angegriffen hat, sondern die europäische Friedens- und Freiheitsordnung. Deshalb müssen wir die Ukraine so unterstützen, dass sie den Abwehrkampf gewinnen kann. Was die Bundesregierung getan hat, war meist zu spät und nicht energisch genug.

**Münchener Merkur:** Wie meinen Sie das?

**Thorsten Frei:** Das fängt an vor zwei Jahren, als die damalige Verteidigungsministerin allen Ernstes geglaubt hat, die Ukraine mit 5000 Helmen unterstützen zu können. Und das setzt sich bis heute fort, wenn man an die quälend lange Debatte über Taurus-Marschflugkörper denkt, die fatal an das Gezerre um die Leopard-2- Panzer erinnert.

**Münchener Merkur:** Bundeskanzler Scholz begründet seine Politik in der Abwägung, nicht in den Krieg hineingezogen zu werden.

**Thorsten Frei:** Man muss klar sagen: Das Zögern und Zaudern des Bundeskanzlers kostet Menschenleben. Ich wünsche mir mehr Entschlossenheit und konsequentes Handeln der Bundesregierung. Sie muss die Rüstungsindustrie endlich mit Aufträgen versorgen, sonst können die Betriebe nicht produzieren. Es geht um Waffen für die Ukraine, aber auch um unsere eigenen Bundeswehrbestände.

**Münchener Merkur:** In seiner Rede zur Zeitenwende hat Bundeskanzler Olaf Scholz genau das angekündigt.

**Thorsten Frei:** Der Bundeskanzler hat damals richtig analysiert, was im militärischen Bereich notwendig ist. Fakt ist aber, dass er in der Regierung diese notwendigen Schritte nicht getan hat. Der Bundeskanzler hat seine Versprechen vom 27. Februar 2022 nicht gehalten.

Lesen Sie hier das gesamte Interview: <https://www.merkur.de/politik/usa-cdu-ukraine-krieg-frei-scholz-bundeskanzler-spd-bundeswehraussenpolitik-sicherheitspolitik-nato-zr-92852194.html>

### "Red Hand Day" gegen Kindersoldaten!



Am 12. Februar war "Red Hand Day" und auch wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben damit ein Zeichen gegen die Rekrutierung

von Kindersoldaten gesetzt. Für mich gilt: Keine Krise und kein Konflikt der Welt darf dazu führen, dass Kinder ihrer Kindheit beraubt, zu schrecklichen Blutaten gezwungen und missbraucht werden. Kinder gehören in Schulen und haben ein Recht auf Bildung - egal wo auf der Welt. Nein zu Kindersoldaten! Leider sehen wir noch zu viele Konflikte, wo das gerade nicht der Fall ist.

Mehr zu der von der Kinderkommission im Deutschen Bundestag organisierten Aktion finden Sie hier: <https://www.bundestag.de/presse/pressemitteilungen/2024/pm-240125-red-hand-day-987830>

### Gespräch mit Auszubildenden bei Continental



Die Continental-Niederlassung in Villingen-Schwenningen besuche ich in regelmäßigen Abständen, denn Continental gehört zu den größten Arbeitgebern und Auszubildern in der Region und auch zu den innovativsten Unternehmen. Sehr erfreulich für mich ist, dass trotz aller Restrukturierungsmaßnahmen im Konzern die Entwicklung vor Ort sehr gut ist. Mit neuen Pro-

dukten hat die Niederlassung den Umsatz 2023 deutlich steigern können und für 2024 sind die Erwartungen noch größer. Entsprechend werden auch neue Facharbeiter in der Produktion gesucht und es wird noch stärker ausgebildet. In einer großen Runde konnte ich mit einem Teil der Auszubildenden über eine Reihe von politischen Themen sprechen. Bedauerlich ist, dass durch Konzernumstrukturierungen 80 Mitarbeiter in der Verwaltung das Unternehmen verlassen müssen.

### **Diskussion mit Schülern der Robert-Gerwig-Schule in Furtwangen**

Seit Jahren bin ich einmal im Jahr zu Gast an der Robert-Gerwig-Schule bei Lehrerin Ranka Pretzer-Korac



und deren Klasse, in der Migranten beschult werden, um über politische Themen zu sprechen. In diesem Jahr wurde der Rahmen deutlich größer gefasst: Rund 200 Schüler und Lehrer mehrerer Jahrgänge diskutierten über Politik und Gesellschaft. Dabei ging es unter anderem um den hohen Sanierungsbedarf im Land, die Digitalisierung, die Rente für die heutige Jugend, die Bürokratielasten und hohen Steuern im Land, den Weg zum besseren Klimaschutz, die humanitäre Hilfe für die Menschen in Gaza oder die Bauernproteste.

### **Im Gespräch mit der Dürrheimer Mineralbrunnen-Geschäftsleitung**



Alexander Ruf ist im Herbst neben Bernhard Wolf für den ausgeschiedenen

Ulrich Lössl in die Geschäftsführung bei Dürrheimer Mineralbrunnen gerückt. Mit beiden habe ich mich über die wirtschaftliche Entwicklung und notwendigen Schritte ausgetauscht, um die Rezession möglichst rasch zu überwinden. Themen waren zudem die wachsende Zahl der Auflagen für die Branche und der zunehmende Mangel an Fachkräften, forciert durch den demographischen Wandel. Ruf und Wolf betonten im Gespräch, dass die Wirtschaft positive Impulse bräuchte, um aus der Krise zu kommen. Noch laufe das Geschäft in der Mineralwasserbranche zufriedenstellend, doch es habe bereits vereinzelte Insolvenzen oder Verkäufe an Lebensmittelgroßhändler oder Discounter gegeben, die an Marktanteilen weiter zulegen würden. Kaum bemerkt habe man die Mehrwertsteuererhöhung in der Gastronomie zu Jahresbeginn, zuvor allerdings die reduzierten Öffnungszeiten, bedingt durch den allgemeinen Personalmangel. Einig waren wir uns, dass sich einige Parameter ändern müssen, um als Land wieder erfolgreich zu werden. Ich nannte hierzu niedrigere Energiekosten oder die Senkung der Unternehmenssteuern, um wieder wettbewerbsfähiger zu werden. Diese Maßnahmen würden auch wieder mehr der dringend notwendigen Investitionen im Land auslösen. Gesetzliche Erschwernisse bei der Brunnenerschließung machen dem Unternehmen zudem zu schaffen.

### **Im Gespräch mit der neuen Südwestmetall-Geschäftsführerin Allramseder**



Ein Stabwechsel bei den Metallarbeitgebern in Villingen-Schwenningen erfolgte zum Jahreswechsel, als Markus Fink die Geschäftsführung der Südwestmetall-Bezirksgruppe Schwarzwald-Hegau an Lisa-Maria Allramseder übergab. Nun sprach ich erstmals mit der neuen Geschäftsführerin, die aus Reutlingen nach Villingen-Schwenningen kam. Themen waren die aktu-



elle Wirtschaftssituation, der Transformationsprozess in der Automobilbranche, die wirtschaftliche Stärke der Region sowie Möglichkeiten, den Standort Deutschland durch eine Unternehmenssteuersenkung, flexiblere Arbeitszeitmodelle, weniger Bürokratie oder qualifizierte Zuwanderung wieder erfolgreicher zu machen.

### Frei Lacke: Gesetzesflut herausfordernd



Mit den Geschäftsführern Rainer und Hans-Peter Frei sowie Roland Bäurer habe ich mich bei einem Besuch bei Frei Lacke in Döggingen über die konjunkturellen Aussichten, den Fachkräftemangel, aber auch immer höher werdende bürokratische Hürden ausgetauscht. Rainer Frei sprach allein von 42 laufenden Gesetzesinitiativen auf EU-Ebene inklusive Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz für seine Branche. Letztere zeige große Bereitschaft, doch manches sei einfach des Guten zu viel. Das Wirtschaften werde mehr und mehr eingeschränkt. Dies habe zur Folge, dass sich in Kombination mit teurer Energie, hohen Unternehmenssteuern und auch Mitarbeitermangel die Bereitschaft wachse, in andere Länder mit besseren Voraussetzungen zu verlagern. Kritisch zeigten sich die Geschäftsführer zu wohl gemeinten staatlichen Unterstützungen. So könne es nicht sein, dass Kurzarbeitergeld bezogen und am Jahresende hohe Gewinne ausgewiesen würden. In solchen Fällen sollte der Staat guten Gewissens Zahlungen zurückfordern. Schließlich habe er ja in einer schwierigen Lage Überbrückungshilfe geleistet.

### Hochschule in Villingen-Schwenningen will Standort stärken

Die Hochschule Furtwangen mit Campus in Furtwangen, Villingen-Schwenningen und Tuttlingen genießt im Land wie international einen hervorragenden Ruf.



In einigen Studiengängen hat die Hochschule in der Forschung bundesweit die Nase vorn, etwa in der Medizintechnik. Sorgenfrei ist die Hochschule aber nicht, wie bei einem Austausch mit Professor Gunter Ketterer, Dekan der Fakultät Mechanical and Medical Engineering, Professor Massimo Kubon, stellvertretender Studiendekan Medizintechnik, und Berater Herbert Schmitt deutlich wurde. Denn auch hier machen sich die geburtenschwachen Jahrgänge bemerkbar. Vom einstigen Höchststand von 6500 Studenten ist man mit 5047 recht weit weg, Entsprechend macht man sich bei der Hochschulführung berechtigte Gedanken über die Zukunft.

### CDU Königfeld vor Kommunalwahl gut aufgestellt



Mit einem bewährten Führungsteam um den Vorsitzenden Yannick Motzer geht die CDU Königfeld die letzten Wochen vor den Kommunalwahlen an. Für diese sieht sich der Gemeindeverband mit ausreichend Kandidaten gut gerüstet. Ich freue mich sehr, dass sich so viele Frauen und Männer für das Gemeinwesen einsetzen wollen. In meiner Rede sprach ich unter anderem über die internationalen Krisen in der Ukraine und in Gaza, aber auch die Wirtschaftskrise und die Lösungsansätze der Union.

### Mit Landrat und Bürgermeistern im Kreis Esslingen im Austausch



Bei Markus Grübel MdB war ich in dessen Wahlkreis Esslingen zu Gast, unter anderem in einer Runde mit Landrat Heinz Eininger und (Ober-)Bürgermeistern aus dem Landkreis Esslingen. Dieser zählt zu den leistungsstärksten in Baden-Württemberg und damit auch Deutschlands. Die Probleme mit anderen Regionen sind weitgehend identisch. Kritisiert wurde von den kommunalen Vertretern der hohe Grad der Bürokratisierung, die Migrationspolitik und die damit verbundenen hohen Lasten für die Kreise, Städte und Gemeinden, die vom Land nicht ausreichende Unterstützung bei der Krankenhausfinanzierung, die Probleme beim Wohnungsbau und die Vielzahl an Entscheidungen in Berlin, die inzwischen an der Basis aus finanziellen und personellen Gründen nicht umgesetzt werden können.

### Treffpunkt Fraktion mit über 150 Gästen im Kreis Esslingen



Deutschland steckt nach einer langen Reihe von Jahren des wirtschaftlichen Wachstums nach dem Regierungswechsel 2021 in einer Rezession. Nach einem Minus von 0,3 Prozent im vergangenen Jahr musste die Regierung ihre optimistischen Prognosen für das neue Jahr schon nach wenigen Wochen auf ein minimales Plus von 0,2 Prozent deutlich nach unten korrigieren. Wie könnte Deutschland aus dieser Krise kom-

men? Mit Antworten beschäftigte sich der „Treffpunkt Fraktion“ auf Einladung von Markus Grübel MdB beim Portalfräsmaschinen-Experten Zimmermann in Neuhausen auf den Fildern im Landkreis Esslingen. Zu Gast neben vielen Unternehmern aus dieser Region war auch ich. In einem Impulsvortrag zeigte ich Wege auf, wie Deutschland wieder zur Wirtschafts-Lokomotive Europas werden könnte.

### Unterstützung für Diana Stöcker im OB-Wahlkampf



In Weil am Rhein finden am Sonntag Oberbürgermeisterwahlen statt. Hier unterstützte ich meine Abgeordnetenkollegin Diana Stöcker, die vom Deutschen Bundestag ins Rathaus der Stadt wechseln möchte. Thema war die Sicherheit in der Grenzregion, die auch stark von Migrationsbewegungen betroffen ist. Ich bestärkte Diana Stöcker in ihrer Absicht, als neue Oberbürgermeisterin für mehr Sicherheit in der Stadt zu sorgen. Denn ein hohes Sicherheitsgefühl ist für die Menschen wichtig. Aktuell verzeichnet der Landkreis Lörrach in Baden-Württemberg die meisten Straftaten je 100.000 Einwohner.

### Veilchendienstag der CDU-Ratsfraktion Bielefeld



„Immer einen Tag voraus!“ lautet das Motto der CDU Bielefeld beim traditionellen Veilchendienstag, bei dem am Vorabend des Aschermitt-

wochs bei Sülze und Bratkartoffeln die aktuelle Politik und der Zustand der Gesellschaft ins Visier gerückt werden. Gerade mit Blick auf die bevorstehenden Kommunal- und Europawahlen war es mir eine große



Freude, als Ehrengast und Festredner bei der mittlerweile 27. Auflage dabei zu sein und zu einem bundespolitischen Rundumschlag auszuholen, der mit Humor und Ernsthaftigkeit die Arbeit der Ampel-Koalition und die damit verbundenen Probleme für Deutschland ins Visier nahm. Vielen Dank für die Einladung und die tolle Organisation an meinen Bundestagskollegen Ralph Brinkhaus, an den Bielefelder CDU-Fraktionsvorsitzenden Ralf Nettelstroh und die CDU Bielefeld insgesamt!

### Herzliche Einladung zur Bürgersprechstunde



#### Bundestagsbüro

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: (030) 227 73 972  
Fax: (030) 227 76 972

#### Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5  
78048 Villingen-Schwenningen  
Tel.: (07721) 99 535 44  
Fax: (07721) 99 535 45



[thorsten.frei@bundestag.de](mailto:thorsten.frei@bundestag.de)



[www.thorsten-frei.de](http://www.thorsten-frei.de)



ThorstenFreiCDU



thorsten.frei



Thorsten Frei